

Jörg Zimmermann, Kirchstraße 11 b, 65620 Waldbrunn-Hausen

Herrn
Kreistagsvorsitzenden
Joachim Veyhelmann
Schiede 43
65549 Limburg

Jörg Zimmermann

Fraktionsgeschäftsführer
DIE LINKE. Fraktion im Kreistag
des Landkreises Limburg-Weilburg
Kirchstraße 11b
65620 Waldbrunn-Hausen

Telefon: 06436/ 94 98 31

j.zimmermann@die-linke-limburg-weilburg.de
www.nur-wählbar-nicht-käuflich.de

**Antrag zur Kreistagssitzung am 23.06.2017:
Förderung ausbildender Betriebe durch den Landkreis beenden**

Waldbrunn-Hausen, den 31. Mai 2017

Sehr geehrter Herr Veyhelmann,

für DIE LINKE. Fraktion im Kreistag des Landkreises Limburg-Weilburg bitte ich Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der 8. Kreistagsitzung am 23.06.2017 zu setzen und im Rahmen der Geschäftsordnung darüber beraten und beschließen zu lassen.

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landkreis Limburg-Weilburg beendet mit Wirkung ab 2018 die Förderung ausbildender Betriebe für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen.

Begründung:

Die Förderung von Betrieben für die Ausbildung des eigenen Nachwuchses ist nicht mehr zeitgemäß. Kaum ein Unternehmensbericht, kaum ein IHK-Statement und kaum eine Zeitungsausgabe kommt aus, ohne den Mangel an Fachkräften und ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen zu beklagen. Den nach all diesem Bekunden händeringend suchenden Betrieben eine Prämie für die Beteiligung an dieser aus ureigensten Interessen betriebenen Suche zu zahlen, ist offenkundig unsinnig.

Wenn also ein Mangel an ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen besteht und nicht ein Mangel an Ausbildungsplätzen, stehen wir vor einer ähnlichen Situation wie beim Hausärztemangel in unserem Landkreis. Hier aber denkt kein Mitglied von Kreistag oder Kreisausschuss daran, Prämien an Gemeinden zu zahlen, in denen sich ein Allgemeinmediziner niederlässt oder eine frei werdende Hausarztpraxis übernimmt. Übertrüge man die hinsichtlich dieses Problems ins Auge gefassten Lösungsvorschläge auf die Ausbildungssituation, käme man am Ende noch zu einer Förderung von ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen, die sich zum Schritt in eine betriebliche Lehre entschließen. Da Lehrjahre bekanntermaßen keine Herrenjahre sind, wäre auch das begründbar. Doch jeder Vergleich hinkt, werden zu Recht viele von Ihnen einwenden und deshalb Schluss mit dem Gedankenspiel dieser Analogie ...

Immerhin macht es deutlich, dass es bei einem Mangel an Auszubildenden überflüssig ist, das Anbieten von Ausbildungsplätzen zu prämiieren.

Dies gilt auch dann, wenn – das sei hier nicht verschwiegen – die Förderung durch den Landkreis nur bei Erfüllung von Zusatzkriterien erfolgt:

- erstmaliger Durchführung von Ausbildung im Betrieb oder
- Ausbildung junger Frauen in gewerblich-technischen Berufen oder
- Übernahme sozial benachteiligter Jugendlicher nach erstem Ausbildungsjahr bei einem überbetrieblichen Ausbildungsträger oder
- Übernahme von Auszubildenden aus insolventen Ausbildungsbetrieben oder
- Ausbildung im Rahmen eines Verbundes mit anderen Unternehmen

Wenn es denn an Jugendlichen fehlt, die zu einer betrieblichen Ausbildung bereit sind, werden die verfügbaren BewerberInnen eingestellt werden, unabhängig von ihrem Geschlecht oder dem bisher zurückgelegten Ausbildungsweg. Das regelt der Markt und der wirkt sich hier sogar zu Gunsten von Personengruppen aus, die sonst nur als „zweite Wahl“ gelten.

Soweit es auch künftig ausbildungsbereite Jugendliche geben sollte, die keinen Ausbildungsplatz finden, wird deren Lage durch die hier geforderte Subventions-Streichung nicht verändert. Tatsächlich wird immer häufiger und immer lauter die fehlende „Ausbildungsfähigkeit“ von Jugendlichen moniert. Bemühungen von Arbeitgebern, gerade solchen Jugendlichen durch zusätzliche Hilfsangebote im Rahmen der Ausbildung zu einer Chance zu verhelfen, werden mit der hier zur Streichung empfohlenen Förderung nicht unterstützt. Eine Aufgabe des Kreistages sehen wir in diesem Zusammenhang darin, das Argument fehlender Ausbildungsfähigkeit von Schulabsolventen genau und kritisch zu prüfen und die Bemühungen um die Qualität der schulischen Grundbildung – nicht nur mit Blick auf deren Verwertbarkeit im Berufsleben – noch weiter zu intensivieren.

DIE LINKE. Kreistagsfraktion Limburg-Weilburg stellt diesen Antrag wohl wissend, dass uns in Bälde bei den anstehenden Haushaltsberatungen genau erklärt werden wird, wofür dank „schwarzer Null“ kein Geld da ist.

Ohne uns auf die „schwarze Null“ verpflichten zu lassen, wollen wir dennoch deutlich machen, dass wir gern dabei mittun, überflüssige Ausgaben zu erkennen und abzustellen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

i. A.


Jörg Zimmermann
Fraktionsgeschäftsführer
DIE LINKE. Fraktion im Kreistag
des Landkreises Limburg-Weilburg